

Mitgliederinfo DIE LINKE. Altona Oktober 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

nicht einmal seine Gralshüter können bestreiten, dass der Kapitalismus sich in einer schweren Systemkrise befindet, denn das kapitalistische Weltsystem wird durch die schwersten Turbulenzen des Finanzsystems seit der Weltwirtschaftskrise 1929 erschüttert. Ex-US-Notenbankchef Alan Greenspan spricht zu Recht von einer Jahrhundertkrise. Seit dem Frühjahr 2007 tobt ein Entwertungsprozess durch die Geschäftsbücher der Finanzinstitute. Entwertung heißt: Ausgehend von einer rasch anwachsenden Zahl von Hypothekarkrediten, die von den Hauseigentümern nicht mehr mit Zinsen und Tilgungsraten bedient werden können, werden fast alle Sorten von Wertpapieren von ihren Nominalpreisen auf die aktuellen Marktnotierungen zurückgestuft.



Schon jetzt werden immense Größenordnungen erreicht: Allein die Wertberichtigungen bei den Finanzinstituten werden bis September auf rund 500 Mrd. Dollar geschätzt. Die Korrekturen bei Aktien und Wertpapieren belaufen sich gegenüber dem Höchststand auf über 20 Bio. Dollar. In den USA sind bislang ca. 900 Mrd. Dollar öffentliche Mittel gegen die Finanzkrise eingesetzt worden. Der Banken-Notplan für „notleidende Kredite“ und problematische Wertpapiere ist im US-Parlament erst nach heftigen Widerständen gebilligt worden und dies nicht nur wegen der gigantischen Summe von 700 Mrd. Dollar, sondern auch wegen der Konditionen. Denn viele WählerInnen in den USA schauen sehr kritisch auf die vielen Rettungsaktionen für Finanzinstitute, während die EigentümerInnen, die wegen der Zwangsversteigerungen aus ihrem Haus vertrieben werden, nur mit kärglichen Unterstützungen auskommen müssen.

Woher rühren die Wucht und die Dauer der Finanzkrise?

Wir sind nicht einfach mit den Folgen von etwas größeren spekulativen Transaktionen konfrontiert. Vielmehr hat sich das Finanzsystem seit längerem vom realen Verwertungsprozess des Kapitals entkoppelt. Vor Beginn des Crashes im Frühsommer 2007 war der Finanzüberbau, dieses artifizielle Kunstwerk über der globalen Realökonomie etwa wertmäßig knapp viermal zu groß. Wertpapiere kann man allerdings

nicht essen. All diese Produkte haben einen harten Kern: Ihre Eigentümer haben einen Anspruch (in Form von Zinsen) auf die Ergebnisse der wirtschaftlichen Gesamtleistung. Die Formen des leistungslosen Einkommens hatten ein Mehrfaches der verteilbaren jährlichen Resultate der Realökonomie erreicht. Deshalb war überfällig, dass diese Pyramide von Ansprüchen zusammenbricht. Die aktuellen Korrekturen an den Börsen laufen auf eine Redimensionierung oder Vernichtung von Eigentumstiteln, also von Ansprüchen auf Teile des gesellschaftlichen Reichtums, hinaus.

Der Kern der Krise liegt in einer massiven Immobilienblase in den USA. Hier existieren Kreditverträge über rund 12 Bio. US-Dollar. Weil die Häuserpreise in einer chronischen Talfahrt stecken, werden immer mehr Hypothekenkredite notleidend, d.h. sie können nicht mehr mit Zinsen und Tilgungsraten bedient werden.

Neoliberale Politik hat seit Jahrzehnten die Konsumenten zur Verschuldung ermutigt. Das Resultat sind ein aufgehäufte Schuldenberg der privaten Haushalte, der unter dem wachsenden Druck der Verteilungskonflikte nicht abgetragen werden kann, eine hohe öffentliche Verschuldung (über 10 Bio. US-Dollar) und eine extremen Abhängigkeit der USA vom Kapitalzufluss, um die vielfältigen Konsumansprüche aufrecht erhalten zu können. Mit der Einsicht, dass eine Reproportionierung von Produktion, Revenueverteilung und Konsum fällig ist, verbindet sich auch die Hoffnung, dass die Gier aus dem ökonomischen Leben verschwindet.

Die krasse Schieflage in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen ist aber nicht auf Habgier bei den Kapital- und Vermögenseigentümern und ihrem Hilfspersonal zurückzuführen. Wir haben es vielmehr mit einer Entkoppelung der Logik „Lassen Sie ihr Geld arbeiten“ und dem eigentlichen gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess zu tun.

Auch in Irland, Großbritannien, Spanien und anderen europäischen Nachbarländern sind die Immobilienpreise auf Talfahrt. An der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems sind zudem die weiteren Folgen ablesbar: Die Vernichtung von Kredit- und Wertpapieren ist der Auftakt für einen realwirtschaftlichen Schrumpfungsprozess.

Spätestens seit die Bundesregierung der Hypo Real Estate mit 26 Mrd. Euro unter die Arme greifen musste, ist klar, dass die Krise ist längst auch in der Bundesrepublik angekommen ist. Auch das kleine gallische Dorf Altona bleibt davon nicht unberührt, worauf der Bezirksvorstand in einer Pressekonferenz aufmerksam gemacht hat (siehe dazu den Beitrag von Beate Reiss und Robert Jarowoy in diesem Info)

Mit dem in der letzten Woche von der großen Koalition verabschiedeten „Rettungspaket“ über 500 Mrd. Euro soll der stockende Geldfluss zwischen den Banken, die sich wechselseitig wegen der faulen Wertpapiere nicht trauen, wieder angekurbelt und in kritischer Lage befindliche Banken und Versicherungen auf die Beine geholfen werden. Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat dieses Paket abgelehnt, weil erstens die Bedingungen, an die die staatlichen Hilfen gekoppelt werden sollen, z.T. vage oder unzureichend geblieben sind und zweitens der für diese Zwecke eingerichtete Fonds faktisch der Kontrolle des Parlaments entzogen ist.

Was tun?

Die globale Finanzkrise trifft nicht nur die Finanzmärkte und es geht auch nicht allein um die Bewältigung der sich anbahnende Weltrezession. Es ist mehr zusammengebrochen: Die neoliberale Ideologie hat einen Vernunft- und Glückszusammenhang zwischen Individuum und Globalisierung versprochen, der nun mit dem Platzen der Vermögensblase auch ökonomisch am Ende ist. Plötzlich werden die Fans der Marktsteuerung zu

Regulierungsanhängern. Es geht aber um weit mehr als Bankenaufsicht und ein paar Schranken für Kreditgeschäfte.

Sicherlich ist die Wiederherstellung des Vertrauens in den Finanzmärkten die zentrale Herausforderung. Gleichwohl sind Rettungspakete, wie sie in den USA oder auch bei uns aufgelegt worden sind, nur sinnvoll, wenn sie erstens mit einer stärkeren öffentlichen Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte z.B. durch Staatsbeteiligung oder Verstaatlichung verbunden sind und wenn sie *zweitens* eine deutliche soziale Komponente haben, d.h. die betroffenen ImmobilieneigentümerInnen oder kleinen SparerInnen oder RentenbezieherInnen einbeziehen. *Drittens* geht es um eine Antikrisenpolitik mit einer deutlichen Ausweitung öffentlichen Investitionen und Maßnahmen zur Stärkung der Massenkaukraft (Mindestlöhne, massive Aufstockung von Hartz IV, Mindestrente etc.), die die konjunkturellen Auswirkungen der Finanzkrise begrenzen. Denn die Krise hat in vielen Ländern schon die Realökonomie erfasst. *Viertens* schließlich sind massive Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse notwendig, um Unternehmen und Vermögensbesitzer angemessen an der Finanzierung sowohl der Kosten der Notpakete zur Stabilisierung der Finanzmärkte wie auch der zwingend erforderlichen Antikrisenpolitik zu beteiligen.

Alle diese Maßnahmen sind wichtige Schritte, um die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie aufzuheben. Wir brauchen eine progressive Besteuerung aller Kapital- und Vermögenseinkommen und müssen neben der Kontrolle von Finanztransaktionen auch eine entsprechende Besteuerung durchsetzen. Und: Die Privatisierung der sozialen Sicherheit (Riester und Co.) muss rückgängig gemacht und alle Einkommensarten zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiß

Bernhard Müller

SprecherInnen DIE LINKE.Altona

Bankenkrise erreicht Altona **Altonaer müssen Bismarckbad ohne Bismarckbad zurückkaufen**

von Beate Reiss und Robert Jarowoy

Der Hamburger Senat hat als alleiniger Gesellschafter der Bäderland mit einer Finanzierung durch die Hypo Real Estate u.a. das Bismarckbad an die Pirelli Real Estate verkauft.

Die Bundesregierung hat als alleinige Gesellschafterin der Bahn u.a. den Altonaer Bahnhof und das ehemalige Güterbahnhofgelände an ein Konsortium bestehend aus dem amerikanischen Hedge-Fond Redwood Grove, Pirelli Real Estate und dem Baukonzern Hochtief verkauft. Finanziert wurde auch das von der Hypo Real Estate.



Die Übernahme der DGAG durch Pirelli RE, worunter der Bismarckbad fiel, ging mit 1,2 Mrd. Euro über die Bühne. Die Übernahme des Bahngeländes mit einer Milliarde Euro.

Nun ist die Hypo Real Estate pleite und der Steuerzahler springt – von der CDU/SPD-Regierung beschlossen – mit einer Bürgschaft über 27 Mrd. Euro ein. Wenn die Sache schief geht, weil die Hypo Real Estate noch ein paar Dutzend Milliarden Verluste mehr hat, wird aus der Bürgschaft die Finanzierung eines gigantischen Bankrotts aus Steuergeldern, wobei die Provisionen der Bankmanager nicht etwa zurückgeholt, sondern weiter gezahlt werden.

Der Hamburger Senat hat derweilen mit der HSH-Nordbank, die aus den einst staatlichen Hamburger und Schleswig-Holsteiner Landesbanken entstanden ist und Hamburg nach wie vor zu 30% gehört, bereits 2,3 Mrd. Euro Abschreibungen für schiefgegangene Zockergeschäfte auf dem us-amerikanischen Immobilienmarkt abschreiben müssen. (Zum Vergleich: der gesamte Hamburger Haushalt beträgt gerade mal knapp 11 Mrd. Euro).

Nun sollen die 127 Mio. Euro für die Restfinanzierung des Autobahndeckels aber nicht da sein, es sei denn aus dem Verkauf der Kleingartenareale an der Behringstrasse und in Bahrenfeld.

Wahrscheinlich sind sie wirklich nicht mehr da, weil sie in die Elbphilharmonie, in die Hafencity gesteckt oder in Bürgschaften für die Hypo Real Estate festgelegt wurden. Ganz abgesehen davon, dass die Flächen vermutlich sowieso schon an Investoren wie Pirelli unter Finanzierung einer Bank wie der Hypo RE mit entsprechenden Provisionen an die Hamburger Politik verschertelt worden sind.

Das Bismarckbad bekommen wir nur in Form von Bürgschaften für die Hypo Real Estate zurück. Bei den Kleingärten, dem Volkspark und anderen öffentlichen Flächen und Einrichtungen soll es uns nicht genauso ergehen.

Deshalb:

Keine Privatisierungen öffentlichen Raumes, sondern Kommunalisierung bereits privatisierter Versorgungsbetriebe wie Krankenhäuser, Energiewirtschaft, Bahn usw.

Enteignung des Frappant-Gebäudes, Abriss und sozialer Wohnungsbau mit öffentlichem Grün anstelle dessen.

Aus der Bezirksfraktion

Der Autobahndeckel, die Kleingärtner und die Verteilungsfrage

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Partei DIE LINKE, Robert Jarowoy, in der Bezirksversammlung Altona vom 25.9.2008

Vor zwei Wochen hatten wir eine Hauptausschusssitzung, bei der die wirklich wichtigen Dinge zur Sprache kamen, die normalerweise im nichtöffentlichen Teil besprochen werden, also geheim bleiben.

Bei dieser Sitzung kam es – nachdem die Öffentlichkeit bereits gegangen war, aber doch noch im öffentlichen Teil – unter dem Punkt „Verschiedenes“ zu der besorgten Anfrage des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD (Stefan Krappa), ob das Bürgerbegehren zur Sicherung der Kleingartenflächen womöglich die Planungshoheit des Bezirks z.B. für Desy-Erweiterungen ausbremsen könne.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende (Sven Hielscher) beruhigte den besorgten Kollegen mit der Äußerung, dass das Bürgerbegehren vermutlich sowieso verfassungswidrig sei. Eine Auffassung, die der CDU-Senat beim Verkauf der Krankenhäuser und der Zerstörung des Bismarckbades als wahre Hüterin der Verfassung – natürlich im nichtöffentlichen Teil – schon mehrfach durchgesetzt hat.

Danach begann die FDP zu fabulieren, dass es womöglich ein Gegen-Bürgerbegehren geben könne, das den Verkauf der Kleingartenflächen verlange und was das wohl juristisch bedeute, wenn es zwei sich widersprechende Bürgerbegehren gebe. Über diese unsinnige Fragestellung wurde dann mit Leidenschaft von allerlei Verwaltungsjuristen diskutiert.

Nun, man hätte sich gar nicht so viele Gedanken machen müssen, denn der Leiter der Altonaer Stadtplanungsabteilung (Eickenbusch) hatte mir gegenüber vorher schon erläutert: „Wenn das Bürgerbegehren erfolgreich ist, werden wir der BSU eine Grobplanung für den Erhalt der Kleingartenflächen in Altona vorlegen. Diese wird von der BSU (zuständig die GAL-Senatorin Haiduk) wie beim Bismarckbad abgelehnt, und das Bürgerbegehren ist vom Tisch.“ So what?!

Viele der hier anwesenden Abgeordneten, aber auch die Öffentlichkeit in Person der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner, und auch die Presse haben bei der Sitzung des Planungsausschusses in der vergangenen Woche den unsäglichen Auftritt des Vertreters der BSU miterlebt, mit welcher Arroganz und welchem Zynismus er ständig grinsend die Allmacht des Hamburger Senats verkündete.

Nachdem ich diese Vorgehensweise als einer der Vertrauensleute des Bürgerbegehrens zum Erhalt des Bismarckbades hautnah miterlebt habe, möchte ich bei niemandem Illusionen wecken, sondern muss die Befürchtung äußern, dass die das wirklich wieder so durchziehen werden.

Vorgeblich zur Finanzierung des Autobahndeckels.

Wir als Partei DIE LINKE sind genau wie die Kleingärtner dafür, dass der Bund seine Vergehen aus den 1960er und 1970er Jahren sühnt, indem er nach 40 Jahren endlich die durch den Autobahnbau entstandene Zerschneidung Altonas und einiger anderer Hamburger Bezirke durch die Errichtung einer von der Bevölkerung seit Jahrzehnten geforderten Deckelüberbauung zumindest teilweise zurücknimmt.

Nun nimmt der Bund dies in Bahrenfeld und Stellingen wohl endlich in Angriff, und der Hamburger Senat verlangt von Altona zur Restfinanzierung des Deckels in Othmarschen, also direkt hinter dem Elbtunnel bis knapp vor der Ausfahrt Bahrenfeld, die Zustimmung zum Verkauf von Altonaer Flächen im Wert von 127 Mio. Euro.

Gegenwärtig werden in Altona pausenlos öffentliche oder ehemals öffentliche Flächen und Gebäude verkauft: Krankenhaus an Asklepius, Bahnhof und Bismarckbad an Pirelli, Gesundheits- und Jugendamt an irgendwen, Finanzamt in der Großen Bergstr. soll ganz schnell, Seefahrtsschule Rainvilleterrasse ist schon durch, Teile des Jenischparks sind ausgeschrieben, Gewerbeschule 10 in der Museumsstraße steht an usw. Aber diese Verkaufserlöse werden nicht etwa für den Deckel verwendet, sondern sie fließen in den Grundstock des Hamburger Senats, aus dem dann die Elbphilharmonie, die Hafencity, die U4 dorthin und sonstwas finanziert werden.

Doch für die Finanzierung des Deckels soll es angeblich keine Alternative zum Verkauf der Altonaer Kleingartenflächen geben. Welch Hohn, wenn man heute lesen kann, dass die HSH-Nordbank durch fehlgeschlagene Zockereien in den USA in diesem und im vorigen Jahr Abschreibungen von 2,3 Mrd. Euro vornehmen muss, die zum großen Teil vom Hamburg und Schleswig-Holstein ausgeglichen werden müssen.

Da werden unsere Steuergelder – egal ob von der IKB, der KfW oder HSH Nordbank – in einem gigantischen Ausmaß skrupellos eingesetzt, um sich am Roulette der Global Player à la Lehmann bros., Pirelli real estate, oder Freddy und Fanny Billy Boy zu beteiligen – und dabei horrenden Provisionen für Luftgeschäfte zu kassieren, und dann kommt man gleichzeitig mit dem Klingelbeutel und dem Abrissbagger harmlos die Zähne fletschend bei den Kleingärtnern oder den Badegästen des Bismarckbades an und sagt „Ihr müsst Verständnis dafür haben, dass wir euch opfern, denn einer wenigstens muss ja auch wirklich mal bezahlen.“

Klar, einer muss bezahlen, aber von jetzt an nicht mehr das Volk, sondern die Zocker in den Banken und Regierungen und vor allem natürlich die Reichen durch entsprechende Steuern. Das zumindest fordern wir.

Nicht die Kleingärtner, die z.T. seit drei Generationen ihre Gärten mit hundert Jahre alten Gartenbauanlagen hegen und pflegen, Kleingärten, die am Ende des 19. Jahrhunderts durch den Druck der Arbeiterbewegung als Ausgleich für die auch heute noch gartenlosen Mietshäuser in Ottensen geschaffen und als öffentliche Flächen ausgewiesen wurden, und nicht nur für die Nutzer, sondern für ganz Altona eine grüne Lunge darstellen.

Dies alles zu zerstören mit dem scheinheiligen Argument, dass sonst der Deckel nicht zu finanzieren sei, ist heimtückisch und arglistig, und das sage ich hier an dieser Stelle sehr bewusst. Man kann es auch schriftlich zum Nachlesen bekommen.

Sicher, die CDU/GAL Koalition kann mit Billigung von SPD und FDP, wie schon beim Bismarckbad vorgeführt, den Willen der überwältigenden Mehrheit der Altonaer Bevölkerung übergehen, außer kraft setzen und grinsend alles plattmachen, um ihre renditeträchtigen Eigentumswohnungsprojekte durchzuziehen. Aber glauben Sie nicht, dass dies ungestraft immer so weitergehen wird.

Deswegen möchte ich abschließend noch einmal betonen: für den Erhalt der Kleingärten in Altona!

Stimmungsbericht von der September-Bezirksversammlung

von Robert Jarowoy

Die von unserer Fraktion angesetzte Aktuelle Stunde zum Bürgerbegehren zum Erhalt der Kleingärten prägte die Sitzung, allein schon durch die Anwesenheit einiger Dutzend Kleingärtner, die recht lautstark ihren Willen und Missmut bekundeten, indem sie unseren Beitrag zu ihrer Unterstützung erwartungsgemäß beklatschten und vor allem den Beitrag der GAL mit bitterem Hohn und Spott ausbuhten. Aber auch CDU und SPD kamen nicht viel besser weg mit ihrer hinlänglich bekannten Argumentation, dass die Kleingärtner für das soziale Gesamtinteresse Zehntausender Altonaer BürgerInnen halt Opfer bringen müssten und ja auch entschädigt würden mit Ausgleichsflächen auf dem Deckel, die allerdings höchstens für die Hälfte reichen. Zudem ist unklar, ob der Bund, dem der Deckel dann gehört, diesen für Kleingärten überhaupt zur Verfügung stellen wird. Außerdem können solche Deckelflächen über hundert Jahre kultivierte Gartenanlagen mit entsprechendem, nicht verpflanzbarem Baum- vor allem Apfelbaumbestand schlichtweg nicht ersetzen.

Nun ja, nach dieser stürmischen Phase, in der ich als „kleingartenpolitischer Sprecher“ unserer Fraktion mit der Redezeit ausgebremst und ausgetrickst wurde, ging es weiter mit unserem Antrag zur dauerhaften Sicherung alternativer Lebensformen in Altona, wie CDU und GAL sie durch den Kauf des Bauwagenplatzes in der Gaußstrasse angeblich geschaffen haben. Wir wollten durch unseren Antrag lediglich erreichen, dass diese soziokulturelle „Heldentat“, für die wir in einer früheren Sitzung auch gestimmt hatten, auch Bestand hat, indem ein Nachzugsrecht für ausgeschiedene Bewohner/innen des Platzes festgeschrieben wird. Nach einer hitzigen Debatte, in der der CDU-Fraktionsvorsitzende Szceny meine „diabolische“ (!) Politik der Verdrehungen usw. anprangerte und die noch auf der Tribüne versammelte Öffentlichkeit geradezu beschwor, mir nicht zu glauben, sondern der CDU/GAL zu vertrauen, ging es in die Imbisspause. Zuvor hatte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende zweimal darauf hingewiesen, dass ich ja dafür „berühmigt“ sei, Lügen und verzerrende Halbwahrheiten in die Welt zu setzen.

Verkehrspolitik in der Bezirksversammlung

von Karsten Strasser, Mitglied der Bezirksversammlung

In der ersten Bezirksversammlungssitzung und den Sitzungen des Verkehrsausschusses nach der Sommerpause standen zahlreiche verkehrspolitische Themen auf der Tagesordnung. Im Folgenden gebe ich einen kurzen Überblick zu den wichtigsten Beschlüssen der letzten Tagung der Bezirksversammlung am 25.9.2008 und des Verkehrsausschusses vom 6.10.2008:

Am Born jetzt als Einbahnstraße ausgewiesen!

Mit den Stimmen von CDU/GAL, SPD und LINKEN wurde die Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses angenommen, die Straße „Am Born“ auf Dauer als Einbahnstraße – in Richtung Ottensen – auszuweisen, mit großer Mehrheit angenommen. Lediglich die FDP-Fraktion stimmte dagegen. Sie vermutete „Klientelpolitik“ als Motiv für diese Entscheidung. Zu Unrecht: Der Altonaer Spar- und Bauvereins eG und über 100 MieterInnen seiner Wohnanlage „Am Born“ hatten sich für die Einbahnstraßenregelung eingesetzt. Von der Bevorzugung einer kleinen, aber feinen Klientel kann keine Rede sein. Die Regelung ist im Interesse der großen Mehrheit. Besonders positiv ist an diesem Beispiel, dass Vermieter und Mieter an einem Strang gezogen haben. Daran zeigt sich der positive Impuls des Genossenschaftsprinzips.

Sperrzeiten für Fahrräder im U- und S-Bahnverkehr aufgehoben!

Auf Antrag von CDU/GAL empfahl die Bezirksversammlung einstimmig, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Abstimmung mit dem Hamburger Verkehrsverbund, der Hochbahn und der S-Bahn Hamburg die Sperrzeiten 6.00 bis 9.00 Uhr und 16.00 bis 18.00 Uhr für die Fahrradmitnahme aufzuheben.

Auch die LINKSFRAKTION stimmte diesem Antrag zu, da die Aufhebung der Sperrzeiten eine weitere Stärkung des Umweltverbunds von Radverkehr und ÖPNV bedeuten. Die LINKEN nahmen den schwarz-grünen Antrag aber zum Anlass auf die weiterhin bestehenden sozialen Barrieren der ÖPNV-Nutzung hinzuweisen. Die Einführung eines Sozialtickets für ALG II und Sozialhilfeempfänger ist überfällig. Die anstehenden Preiserhöhungen des HVV sind unsozial.

Tempo 30 – Piktogramme auf der Fahrbahn ausreichend?

Ein gemeinsamer Antrag von CDU, GAL und SPD, setzte sich für die Auftragung von Tempo 30-Piktogrammen auf der Fahrbahn in Tempo 30-Zonen ein. Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Die LINKSFRAKTION enthielt sich. Nach unserer Auffassung reichen Piktogramme nicht aus, deshalb stellten wir den nachfolgenden Ergänzungsantrag, der mehrheitlich abgelehnt wurde:

„Das Bezirksamt wird ferner aufgefordert, zu prüfen, welche Straßen bzw. Gebiete des Bezirks, in denen Tempo 30 gilt, sich dazu eignen im Ein- bzw. Ausfahrtbereich mit einer Barriere ausgestattet zu werden.

Die Barriere ist jeweils quer zur Fahrbahn, höhengleich zu den Gehwegen am Beginn der Geschwindigkeitsbegrenzung einzurichten. Sie ist mit roter Signalfarbe sichtbar zu machen und zur Strasse hin mit einem weißen durchgehenden Streifen oder alternativ mit weißen Dreiecken optisch abzutrennen. Im Rahmen der Prüfung ist Rücksprache mit der Straßenverkehrsbehörde zu nehmen und die Kosten für die einzelnen baulichen Maßnahmen zu ermitteln.“

Die Behörde für Inneres hat inzwischen ihr prinzipielles O.K. für die Auftragung von „Tempo 30“-Piktogrammen gegeben. Jetzt soll der Verkehrsausschuss geeignete Straßen für diese zusätzliche Kennzeichnung benennen.

SPD-Antrag zu bewachten Fahrradparkanlagen – sozial ausgewogen?

Einen Antrag der SPD-Fraktion, der u.a. bewachte Fahrradabstellmöglichkeiten in Kooperation mit Beschäftigungsträgern und Gewerbetreibenden forderte, ist zur weiteren Beratung in den Verkehrsausschuss überwiesen worden. Der Verkehrsausschuss hat sich im November mit der SPD-Initiative zu befassen.

Die LINKE hat in der Antragsberatung deutlich gemacht, dass sie ihre Zustimmung zu diesem Antrag davon abhängig machen wird, dass die Beschäftigten keine Ein-Euro-Jobber sein dürfen, sondern tariflich bezahlte Arbeitskräfte. Außerdem müssen die Abstellanlagen gebührenfrei zur Verfügung stehen. Soziale und ökologische Ziele dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sind als Einheit zu betrachten!

Metrobuslinie 3 für Lurup und Osdorfer Born!

Ab dem Winterfahrplan 2008 (14.12.2008) wird die Metrobuslinie 3 nicht mehr Lurup, sondern den Osdorfer Born bedienen.

Es ist zwar zu begrüßen, dass der Osdorfer Born ab dem nächsten Fahrplanwechsel mit einer zusätzlichen Buslinie besser erschlossen wird. Die Angebotsausweitung für den Osdorfer Born darf aber nicht zu Lasten von Lurup gehen.

Die Ausdünnung des ÖPNV-Angebots in Lurup wäre das falsche Signal, denn wegen des am Eckhoffplatz geplanten neuen Einkaufszentrums und weiterer Bauvorhaben ist schon jetzt absehbar, dass die Verkehrsnachfrage für den Buslinienverkehr nach Lurup weiter wachsen wird. Mit einer abwechselnden Bedienung von Lurup und Osdorfer Born durch die Metrobuslinie 3 könnte das ÖPNV-Angebot für den Born verbessert werden, ohne es aber für Lurup zu verschlechtern.

Die Vertreter der LINKEN hatten daher in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 6.10.2008 beantragt, dass die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Verkehrsverbund ein neues Konzept für die Metrobuslinie 3 erarbeitet und umsetzt. Künftig soll in den werktäglichen Hauptverkehrszeiten eine abwechselnde Bedienung von Lurup und des Osdorfer Borns jeweils im 10 Minuten-Takt sichergestellt werden. Außerdem hat eine angemessene Bedienung durch die Metrobuslinie 3 an Sonnabenden sowie an Sonn- und Feiertagen erfolgen.

SPD- und GAL-Fraktion hatten daraufhin Beratungsbedarf angemeldet. In der Verkehrsausschusssitzung vom 20.10.2008 wurde unser Antrag erfreulicherweise schließlich angenommen.

Tempo 30 für die Bernadottestraße– Ortstermin beantragt!

Der Verkehrsausschuss hat am 7.7.2008 unseren Antrag auf Einführung von Tempo 30 für die Bernadottestraße (zwischen Liebermannstraße und Hohenzollernring) mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, GAL und FDP abgelehnt. Jetzt haben Anwohner der Bernadottestraße eine erneute Initiative gestartet: Die neue Eingabe wird in der nächsten Verkehrsausschuss-Sitzung am 20.10.2008 behandelt werden.

Die LINKE hat beantragt: *„Der Verkehrsausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zur sachlichen Prüfung der Bürgereingabe, in der Bernadottestraße (zwischen Liebermannstraße und Hohenzollernring) die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren, einen Ortstermin als Sprechersitzung durchzuführen.*

Zu diesem Termin sind einzuladen, die Eingabeführer, die Leitungen und Elternvertretungen umliegender Schulen, die Leitung des Seniorenheims „Fallen Anker“,

die örtlich zuständige Polizeidienststelle, der zuständige Mitarbeiter der Pinneberger Verkehrsgesellschaft mbH, die Tiefbauabteilung des Bezirksamts, die Behörde für Inneres und die Sprecher der Fraktionen im Verkehrsausschuss.“

Angesichts der zahlreichen Belange, die betroffen sind, wie z.B. Schulwegsicherung und Verkehrssicherheit für die Bewohner des Seniorenheims „Fallen Anker“ sowie für die übrigen Anwohner der Bernadottestraße, erscheint eine Prüfung vor Ort mit Beteiligung aller zuständigen Stellen als sinnvoll.

Umwelt- und Verbraucherschutzsausschuss der Bezirksversammlung Altona

Schimmel, kreativer Nichtrauchererschutz und unterfinanzierter Lärmaktionsplan

von Dirk Kölsche

Ab und zu kann ein Ausschuss eine muntere Angelegenheit werden – da geht es um Stilblüten, interessante Aspekte aus Schilda oder auch um profane Dinge wie verdorbene Lebensmittel.

Die letzte Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz bot interessante Einblicke in die Arbeit von Lebensmittelprüfern und Warenbeprobern, die sich auf Hamburger Märkten umschauen und für uns als Verbraucher manchmal auch sehr schmackhafte Leckerbissen zum Besten geben.

Der zuständige Behördenleiter berichtete von den Rundgängen, zeigte ganz im Stil plakativer Erklärungen Fotos von Obst- und Fleischständen. Dabei erwiesen sich bei einem Markt sagenhafte 8 von 12 Beprobungen als mangelhaft. Das ist, gemessen an der Zahl der Wochen- und Einzelmärkten, eine ordentliche Quote, um es einmal milde auszudrücken. Ohne in die Details zu gehen, die man auf Nachfrage durchaus berichten kann, lässt sich also bemerken, dass sich aufgrund veränderter Marktsituation und höherem Kostendruck die Qualität der angebotenen Waren doch sehr zum Negativen verändert hat. Verschimmelter Obst wird mit Handtüchern oder Putzlappen von dem unappetitlichen Grün befreit. Da liegen Hühnerfleischwaren neben anderen Sorten – entgegen den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen (man denke da vor allem an die Salmonellengefahr) – oder es werden ungenießbare Produkte schon vor dem Verkauf aus dem Verkehr gezogen.

Zudem hat sich die Struktur der Märkte im Laufe der letzten Jahre markant verändert. Dies dürfte jedem von uns, der sich auf den Märkten nahrungsmitteltechnisch eindeckt, aufgefallen sein. Die Non-Food-Erzeugnisse sind auf dem Vormarsch, die übrigen Stände verringern sich. Dies hat seine Ursache darin, dass es heutzutage mehr und mehr Discounter gibt, die auch hochwertigere Obst- und Gemüseangebote aus biologischem Anbau präsentieren können. Dementsprechend sinkt der Preis. Die Wochenmärkte können diesen Trend nicht konterkarieren, und um die Märkte überhaupt aufrecht zu erhalten, sieht sich das Amt gezwungen, die freien Plätze mit den genannten weiteren Sortimenten aufzufüllen.

Ein weiteres Feld des Ausschusses ist der Nichtrauchererschutz. Aufgrund der politischen Situation in dieser Stadt treibt dieser durchaus Stilblüten, mit mehr oder weniger zu beklagenswerten Auswüchsen. Allein der Umstand, dass LBK-Rückkehrer zu Kontrollgängern ausgebildet werden, lässt den gemeinen Bürger doch dann und wann über die Sinnhaftigkeit amtlicher Vorgehensweisen schmunzeln. Da wird ein Intensiv-Pfleger aus dem OP mal eben mehrere Monate auf Verwaltungstätigkeiten umgeschult,

damit er fortan die Kneipen unserer Stadt durchforsten und auf Einhaltung des Gesetzes zum Schutz des Nichtraucher überprüfem kann.

Als dritter Punkt wurde der Lärmaktionsplan für den Bezirk Altona präsentiert. Wie so oft bei den Gesetzgebungs- und Durchführungsverfahren gibt es auch hier eine europäische Richtlinie – die EU-Lärmrichtlinie § 47 a-f. Diese Verordnung wird derzeit für Hamburg umgesetzt. Da es aber für die Ausgestaltung keine zeitlichen Beschränkungen gibt, kann man sich je nach Maßnahme durchaus kreativer Vorgehensweisen bedienen, wenn man an die finanzielle Ausstattung denkt. Je Bezirk, und davon gibt es ja bekanntlich sieben, sind 50.000 Euro veranschlagt. Bisher konnten laut Behörde jedoch lediglich insgesamt 100.000 Euro aus dem Haushalt eingeworben werden. Dies versucht man durch Strecken der Maßnahmen zu bewältigen, so dass zunächst nur ein Lärmaktionsplan auf Hamburger Ebene erdacht wird, damit man auf jeden Fall noch 2008 ein „vorzeigbares“ Vorgehen vorweisen kann. Auf dieser Ebene spielen sich Lärmemissionen von großen Stadt- bzw. Landesstraßen, Ringen sowie Schienen- und Luftverkehr ab, das sogenannte „Vorbehaltsnetz“, schließlich noch Parks. Dazu gehört ein LKW-Führungs- und gesamtstädtisches Verkehrskonzept, des weiteren P+R-Plätze, Mobilität sowie Lärminderungsmaßnahmen. Die BSU hat dafür beispielhaft zwei größere Messungen benannt: in Eimsbüttel die Fruchttallee (vor allem zwischen Häuserreihen, wo es keine Lückenschlüsse gibt) und in Mitte die Hamburger Straße, wo aktiv und passiv der Lärmstand geprüft wird. Zudem gibt es eine Kartierung, die die Lärmerfassung plastisch darlegt.

Für Altona ist in 2009 vorgesehen, mehrere Sachstände anzugehen: einerseits eine 30er-Zone an der Holstenstraße, andererseits große Ausfallstraßen wie die Elbchaussee sowie Luruper Chaussee. Dafür werden dann jeweils Lärminderungskonzepte ausgearbeitet – dies jedoch erst dann, wenn die entsprechenden Haushaltsmittel freigegeben sind.

Und an diesem Punkt ist die Kreativität der politisch Handelnden maßgeblich eingeschränkt, wenn man an die desolante Haushaltspolitik des Senates denkt...

Aus der Partei

Kurzbericht aus der Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

von Werner Härtel

Die Stadtteilgruppe Altona-Altstadt beschäftigt sich mit den Planungen zur Neugestaltung der Großen Bergstraße. Im Bereich FORUM wollen neue Investoren angeblich schon 2009 mit der Renovierung der Wohnungen beginnen. Außerdem soll es neue Geschäfte und Künstler-Lofts geben. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Mieten erschwinglich bleiben und die Läden den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen.

Beim FRAPPANT entscheidet sich zum Ende des Jahres, ob der aktuelle Investor die Kaufsumme aufbringen kann, ansonsten gilt weiterhin unsere Forderung nach Rückkauf durch die Stadt.

Wir haben mit mehreren Infoständen Unterschriften für das Volksbegehren "Eine Schule für Alle" gesammelt (und sind jetzt gespannt auf die Auszählung).

Auf unserer Sitzung am 10. November wird unserer Altonaer Abgeordneter Norbert Hackbusch aus der Bürgerschaft berichten.

Neofaschismus

Ladenschluss für „Thor Steinar“

Von Birgit Wulf

Auch wenn dies nicht ein Thema ist, was speziell Altona angeht, so hätte es auch Altona treffen können. Nämlich dann, wenn Neonazis in unserem Bezirk ein Geschäft aufgemacht hätten, so wie es schon diverse Male in Hamburg versucht wurde.

Vorab die Erfolgsmeldung: Aufgrund der vielfältigen Proteste muss „Thor Steinar“ (genauer: die Firma „Protex“) die HSH Nordbank Passage zum 31.10.2008 verlassen.



Worum geht's?

Am 25.09. eröffnete in der HSH Shopping Passage ein Bekleidungsgeschäft der Marke „Thor Steinar“, das Sport- und Outdoorbekleidung vertreibt, die besonders bei Neonazis hoch im Kurs steht. Die Kleidung ist für „Außenstehende“ politisch unauffällig, sportlich und hoch qualitativ, sie arbeitet aber mit Symbolen, die für Neonazis zu einem beliebten Wiedererkennungszeichen wurden und eindeutig menschenverachtende Botschaften vermitteln. In den Schriften, Symboliken und Farbkombinationen auf den Motiven geht es vor allem um die Verherrlichung von (deutscher) Kolonialisierung, nordischer Mythologie, Gewalt, 2. Weltkrieg und nationalsozialistischer Herrschaft. Da geht es um Motive mit einem Maschinengewehr, die „Kontaktfreudig“ oder „Hausbesuche“ heißen. Da wird das Logo schnell mal von dem Zeichen der Waffen-SS abgekupfert und verfremdet und die „Viking Division“ ins Spiel gebracht, die u.a. am Überfall auf die Sowjetunion beteiligt war.

Rechter Lifestyle scheint in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein. So wünscht es sich scheinbar der Geschäftsführer Uwe Meusel, der auf die Frage nach seiner eigenen Haltung zum Rechtsextremismus nur: „Ich muss mich hier nirgendwo distanzieren“ äußerte. Dem ehemaligen Mitbegründer der Firma, Axel Kopelke, werden Kontakte zur Szene der extremen Rechten nachgesagt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Nazigeschäfte auch immer Neonazitreffpunkte werden, z.B. 2007 in einem Naziladen in

Borgfelde , wo Neonazis Hitlers Geburtstag mit einer „Hakenkreuztorte“ feierten. Auch dieser Laden musste schließen.

Es gibt also genug Gründe, Ladenschluss für „Thor Steinar“ zu fordern.

Ein Blick bei „Google“ hätte die Hausverwaltung der HSH Nordbank darüber aufklären können, wen sie sich denn da mit einem 5-Jahres-Vertrag in die Passage holt, zumal in der von der HSH Bank gesponserten Volkspark-Arena das Tragen von „Thor Steinar“ Kleidung verboten ist. Pech für eine Bank, deren Image durch die Finanzkrise schon vorher ins Wanken geraten war. Öffentlich hat die HSH Bank daher eilig bekundet, dass sie alles tun werde, um den Mietvertrag schnellstens zu lösen, aber ohne eine Prämie zu zahlen.

Seit der Eröffnung protestierten täglich vor allem junge Menschen vor und in der Passage. Dieser Protest wird durch die Polizei jedoch durch Platzverweise und Gesichtskontrollen stark behindert. Hier stellt sich wieder einmal die Frage, was denn „Zivilcourage gegen Rechts“ heißen soll, wenn schon beginnender Protest stark reglementiert wird. Es wurde außerdem ein Antifaschist in der Innenstadt festgenommen – angeblich wegen „schweren Raubs“. Er blieb über Nacht im Knast und wurde dem Haftrichter vorgeführt. Diese Form der Kriminalisierung können wir nicht hinnehmen.

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts, in dem auch DIE LINKE mitarbeitet, hat beschlossen, *täglich Kundgebungen* vor der HSH Nordbank Passage abzuhalten. An den Wochentagen finden diese ab 17 Uhr und samstags ab 13 Uhr statt.

Am 10.10. dann das erfreuliche Ergebnis: „Thor Steinar“ muss raus zum 31.10. Das Vertragsverhältnis wird aufgehoben – wegen der „präkeren Sicherheitslage“ in der Umgebung des Ladengeschäftes, wie es in einer Pressemitteilung der HSH Nordbank heißt. Eine Auszugsprämie soll nicht gezahlt worden sein.

Mittlerweile wird gemunkelt, dass es doch zu Zahlungen gekommen ist und zwar von Seiten der Innenbehörde. Würde sich dieser Verdacht erhärten, wäre das ein erneuter Skandal. Um in der Innenstadt wieder Ruhe einkehren zu lassen, finanziert der CDU/GAL-Senat indirekt Neofaschisten aus Steuereinnahmen. Die LINKE wird daher in der Bürgerschaft versuchen, mit ihren Mitteln der Sache auf den Grund zu gehen.

Die Kundgebungen werden bis zum Auszug von „Thor Steinar“ aufrechterhalten. Wir halten es für wichtig, nach wie vor täglich vor Ort zu sein, über Thor Steinar aufzuklären und auf diesen Skandal aufmerksam zu machen. Wir halten es auch für wichtig, den jungen Antifaschisten durch angemeldete Versammlungen einen Rechtsraum zu geben. Das Interesse bei den Kundgebungen unter den PassantInnen ist sehr groß.

Aber eins zeigt das Ganze: Nur durch den gemeinsamen Protest konnte es gelingen, den Preis für die HSH Nordbank so hochzuhalten, dass sie gezwungen war, schnellstens zu handeln. Gemeinsamer Widerstand lohnt sich also immer!

Mittlerweile kommen von der LINKEN auch immer mehr Mitglieder vorbei und unterstützen die Kundgebung. Das ist gut so. Unterstützt die Kundgebungen weiterhin, verteilt Flugblätter, spendet, redet in Eurem Umfeld darüber.

Für Samstag den 25. Oktober 2008 ist von 15-20 Uhr eine große Abschlusskundgebung unter dem Motto „Tschüss Thor Steinar – Schöner Leben ohne Naziläden“ geplant und zwar vor der HSH-Shoppingpassage, Mönckebrunnen.

Wer mehr darüber wissen will, hier die Internetpräsenz des Hamburger Bündnisses gegen Rechts: www.keine-stimme-den-nazis.org

Berichte

ARCHIV: ALTONA Morgenpost 29.9.2008

Klassenkampf im Rathaus



Welch Timing: Die internationalen Finanzmärkte sind im freien Fall und im Kollegiensaal des Altonaer Rathauses wird das Hohelied des Klassenkampfes gesungen. Schauspieler Rolf Becker trug im Altonaer Rathaus das "Kommunistische Manifest" vor. Das wollten sich immerhin rund 250 Besucher nicht entgehen lassen. "In einigen Städten reichten selbst die großen Säle nicht aus", erzählt Becker, der mit der 160 Jahre alten Kampfschrift seit einigen Monaten durch das Land tourt. Der große Ansturm sei nicht außergewöhnlich. Marx ist en vogue. Die Schrift zieht auch im Westen der Republik. "Aber jetzt zum Text, an die Arbeit!"

Im Saal sitzt ein bunt gemischtes Publikum. Oft grauhaarig, zum Teil Rasta-bezopft, zum Teil durchaus im Jungen-Union-Look gekleidete Studenten starren konzentriert zum Rednerpult, an dem sich Becker bereit zum rund 90-minütigen Ritt durch 30 Seiten Marxscher Gesellschaftsanalyse macht: "Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus."

So geht's voran. Die rote Fahne der Linken hinter ihm hängt ein wenig schlapp, aber Becker hebt die Hände, spricht klar und fest, dass es dem bärtigen Titan des roten Gedankengutes sicher warm ums Herz geworden wäre.

Bourgeoisie, Proletariat, reaktionärer Sozialismus - Becker doziert darüber, wie sich das Kapital bei den Reichen sammelt, und die Ärmere immer ärmer werden. Stirnrunzeln im Publikum. Die Analyse ist umfangreich, es ist nicht immer leicht, zu folgen.

Aber Marx und Engels hätten keinen weltweiten Bestseller abgeliefert, wenn sie nicht knallige Highlights eingebaut hätten: Das Proletariat "kann sich nicht aufrichten, ohne dass darüber liegende Schichten in die Luft gesprengt werden", liest Becker. In Reihe zehn sorgt das für Begeisterung: "Jawoll", brummt leise und zufrieden ein Genosse.

Am Ende wird zum großen Showdown ausgeholt: "Mögen die herrschenden Klassen vor vor einer Revolution zittern (...) Proletarier aller Länder, vereinigt euch!", schließt Becker und frenetischer Applaus brandet auf. Die Veranstalter stürmen mit einem gigantischen Blumenstrauß auf Becker zu. Lag's am leidenschaftlichen Vortrag oder an der Botschaft? Man weiß es nicht...

Termine

Donnerstag den 30.10. Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr
Ort: Altonaer Rathaus

Montag 3.11. DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Montag 17.11. Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Montag 24.11. Treffen der Altonaer Delegierten für den Landesparteitag (Vorschlag)

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Donnerstag den 27. 11. Bezirksversammlung Altona

Zeit: 18.00 Uhr
Ort: Altonaer Rathaus

Samstag/Sonntag 29./30.11. Landesparteitag DIE.LINKE Hamburg

Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg

Montag 1.12. DIE LINKE. Altona Bezirksvorstand

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Montag 15.12. Mitgliederversammlung DIE LINKE.Altona

Zeit: 19.30 Uhr
Ort: Am Felde 2

Stadtteilgruppen

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Nächstes Treffen: 10.11.
Zeit: 19.30 Uhr
Ort: bitte erfragen

Kontakt:

Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Nächstes Treffen: 28.10.

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Kontakt:

Stefan Ziefle, Tel: 040-3861 25 42

Marcel Bois, Tel.: 040-43 27 28 61

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Nächstes Treffen: 19.11.

Zeit: 19.30 Uhr

Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chaussee 29/ Ecke Mendelsohnstraße

Kontakt:

Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87

Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook

Nächstes Treffen: 13.11.

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38

Zeit: 19.30 Uhr

Kontakt:

Susanne David, Tel.: 040-560 57 26

Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

Stadtteilgruppe Ottensen

Nächstes Treffen: 10.11.

Ort: Parteibüro, Am Felde 2

Zeit: 19.30 Uhr

Kontakt:

Beate Reiss, Tel: 040/396386